

Sessionsbericht Juni-Session 2011

Einleitung

Die Juni-Session stand **medial im Zeichen der Kernkraft-Ausstiegsdebatte**.

Regierungsrätin Egger hielt zu Beginn fest, dass die Energiestrategie den Weg klar aufzeige: **Neue erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind die Zauberworte**. Eine massive Senkung des Energieverbrauchs ist zwingend. Eine sofortige Abschaltung von Mühleberg kann nicht von der Regierung entschieden werden, es wäre auch wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Alle Fraktionen ausser der SVP befürworteten einen Ausstieg aus der Kernenergie, auch die FDP. Kantonalpräsident Peter Flück im O-Ton: „Die FDP unterstützt ganz klar den geordneten Ausstieg aus der Atomkraft“, sprich kein Ersatz durch Kernkraftwerke der heutigen Generation nach Ende der Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke.

Eine grosse Anzahl zum Teil wirrer Vorstösse von Rot/Grün wurden vom Rat abgelehnt, ebenso alle Vorstösse, die auf eine politische Einflussnahme auf die Unternehmenspolitik der BKW abzielten. Einige wenige Vorstösse mit dem Ziel, Massnahmen im Bereich Energieeffizienz und Förderung alternativer Energien wurden an die Regierung überwiesen. Entgegen dem Willen der Regierung wurde auch unsere Motion überwiesen, mit der verlangt wird im Voranschlag 2012 zusätzlich 15 Mio. aufzunehmen, damit energietechnische Gebäudesanierungen gefördert werden können. Die FDP bekräftigte somit ihre bereits vor der Volksabstimmung anlässlich der Energie-DV in Lyss geäusserte Haltung, wonach Fördermassnahmen über den ordentlichen Finanzhaushalt und nicht über eine neue Energiesteuer zu finanzieren seien.

Dass trotz einer breiten Zustimmung zu einem geordneten schrittweisen Ausstieg in der Folge keine griffigen Beschlüsse gefasst wurden (werden konnten), liegt vermutlich auch daran, dass bei nach wie vor steigendem Stromkonsum in breiten Kreisen grosse Sorge um die Versorgungssicherheit und damit auch um die Arbeitsplatzsicherheit besteht und noch keineswegs klar ist, wie sich die 40%-Lücke später einmal schliessen lassen wird.

Dem FDP-Antrag, **die Initiative „Bern erneuerbar“** in die Kommission zurückzugeben, wurde vom Grossen Rat stattgegeben, sogar mit dem Segen der Regierung. Die Kommission wird namentlich die Übergangsbestimmungen unter verschiedenen Aspekten nochmals unter die Lupe nehmen und dem Rat einen Gegenvorschlag unterbreiten müssen. Die FDP hat in diesem Geschäft eine klare Leaderfunktion übernommen und versucht, konstruktive Lösungen anzubieten im politischen Spannungsfeld zwischen den dogmatisch erstarrten Blöcken.

Unsere Sorge, dass die Finanzpolitik und die Gesundheitspolitik im Schatten von Fukushima etwas in Vergessenheit geraten könnten, veranlasste uns, je eine **Sondersession zur Finanzpolitik und zur Gesundheitspolitik** zu verlangen. Mit Hilfe der SP, gegen den Willen von SVP und BDP brachten wir die Sondersession zur Gesundheitspolitik durch, mit Hilfe der SVP und wiederum gegen die BDP jene zur Finanzpolitik.

Die FDP-Fraktion hat fast ausnahmslos konsequent und geschlossen als Team gehandelt und diese Session von A(Wahl Grossratspräsident) über I (Initiative Bern erneuerbar) und S (Sondersessionen) bis Z (Video- und Sozialhilfedebatte) geprägt, wenn nicht dominiert.

Ordnungsanträge

Nach der Eröffnung der Session wurde der Ratspräsident Geri Fischer (SVP) verabschiedet und für seine Verdienste gewürdigt. Anschliessend wird **Beat Giaouque** (FDP) mit hervorragenden 146 Stimmen zum neuen **Grossratspräsidenten** gewählt. Als erste Vizepräsidentin wird **Therese Rufer** (BDP) gewählt. Neuer zweiter Vizepräsident wird **Bernhard Antener** (SP).

Mit 122 Stimmen wird **Bernhard Pulver** (Grüne) zum Regierungspräsident gewählt, mit 122 Stimmen Andreas Rickenbacher (SP) zum Vizepräsidenten.



Ordnungsantrag FDP „Sondersession zur Finanzpolitik“

Mit 55 Stimmen wird das Quorum für eine Sondersession erreicht. Kommentar siehe Einleitung.

Ordnungsantrag FDP auf Rückweisung aller Kreditgeschäfte bis Entlastungspaket und Budget 2012 bekannt sind: Ablehnung mit 135:12 Stimmen.

Sondersession Gesundheitspolitik:

Das Quorum ist mit 57 Stimmen erreicht, Kommentar siehe Einleitung.

Ordentliche Geschäfte

Nr. 14 E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer / Kreditgeschäft

Die Erfahrungen in den 4 Testgemeinden anlässlich der Abstimmung im Mai 2011 sind positiv und ohne Probleme verlaufen. Es ist wichtig, dass der Kanton Bern in der Entwicklung vorne mit dabei bleibt. Deutliche Annahme mit 117:0 Stimmen.

Nr. 15 Motion Hess (SVP) „Amtliche Informationen nur noch in den Amtssprachen Deutsch und Französisch“

Die Motion verlangt zwingend nur noch Deutsch und Französisch, fertig. Es ist einer von mehreren (letztlich ausländerfeindlichen) Vorstössen von Hess im Vorfeld der nationalen Wahlen. Der Rat lehnt den Vorstoss mit 125:5:5 ab.

Nr. 17 Musikschulgesetz (Revision)

Bestritten ist nur noch die Subventionsdauer. Kohler (BDP) möchte die Beitragsdauer auf das Alter 20 beschränken, Kommission und Regierung schlagen 25 Jahre vor. Der Antrag wird von allen Fraktionen (inkl. BDP) mit 118:12 abgelehnt und das Gesetz mit 133:2 verabschiedet.

Nr. 54 Motion Leuenberger (BDP) Bericht zur Reorganisation der Fachhochschulen

Nr. 26 Motion Etter (BDP)

Der vorläufige Entscheid der Regierung, die Fachhochschulen an den Standorten Bern und Biel zu konzentrieren, hat zu heftigen Reaktionen im Emmental und im Oberaargau geführt. Die Motionen haben zum Zweck, die Regierung zu einer Präzisierung ihrer Fachhochschul-Strategie zu veranlassen und darzulegen, wie sie bisher nicht berücksichtigte Aspekte in den Entscheid einbeziehen will, z.B. regionalpolitische Aspekte oder künftige Nutzung leer stehender Gebäude. Beide Motionen werden praktisch einstimmig angenommen.

Nr. 28 Motion Hess (SVP) Keine Kopfbedeckungen im Schulzimmer

Eine weitere Motion von Erich Hess im Vorfeld der Nationalratswahlen mit anti-islamischem Grundton. Er verwechselt Kopfbedeckung mit Verschleierung. Alle Fraktionen lehnen ab, auch die SVP. Anstand und Disziplin kann man nicht mit Gesetzen regeln. Es ist an den Schulleitern und an den Lehrern, die internen Reglemente durchzusetzen, auch bei den Eltern. Abstimmung: 134:3:2

Nr. 35 Kreditgeschäft: Rebmauern am Bielersee

Antrag FDP auf Ablehnung. Gründe: Arroganz der Stiftung für Landschaftsschutz, Weiterführung der Arbeiten ohne zugesicherten Kredit. Die Notleidenden sind leider die Rebbauern. Zwei Punkte sind störend an der Geschichte: 1. dass ein von allen Seiten abgeseignetes Projekt nachträglich von Einzelpersonen und der Stiftung für Landschaftsschutz aus dem Lot gebracht werden kann, und 2. dass es Regierungsrat Rickenbacher zulässt, dass ohne bewilligten Nachkredit einfach weitergebaut wird. Im Interesse der Rebbauern zieht die FDP den ohnehin chancenlosen Antrag auf Ablehnung zurück. Der Rat stimmt dem Geschäft mit 121:3:9 zu.

42 Motion Blaser (SP) Endlich griffige Massnahmen gegen das Rauschtrinken

Die Motion fordert

1. ein Verbot von Verkauf von Alkohol von 21.00 – 07.00 Uhr
2. ein Verkaufsverbot für Alkohol für Garagen- und Tankstellenshops

Wie schon in der Vergangenheit waren sich im Prinzip alle einig, dass das Komasaufen ein Problem ist. Was zu tun ist, darüber stritten sich die Votanten. Die Verkaufsstellen sind schon heute ab 22h geschlossen und ein Alkoholverbot für Tankstellenshops wäre ein unverhältnismässiger Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit. Trotz Wandlung in ein Postulat wird der Vorstoss in beiden Punkte abgelehnt (Punkt 1: 75:67:8 / Punkt 2: 99:47:4).

49 Grossratsbeschluss betreffend die Volksinitiative „Bern erneuerbar“

Dem Rat liegen 3 Rückweisungsanträge an die Kommission vor, alle mit dem Auftrag an die Kommission, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dazu kommt die Kommissions-Motion.

- a) Rückweisungsantrag BDP/SVP/EDU mit folgendem Auftrag:
 1. Überprüfung der Rechtmässigkeit / Prüfung der Rechtmässigkeit mit übergeordnetem Recht
 2. Ausarbeitung eines Gegenvorschlags im Sinne der Beschlüsse der Eidg. Räte
 3. Berichterstattung über die volkswirtschaftlichen Folgen (Sanierungskosten, Arbeitsplätze etc.
- b) Rückweisungsantrag FDP mit der Auflage, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten.
- c) Der (taktische) Gegenvorschlag der Grünen stellt eine Verschärfung der Übergangsbestimmungen der Initiative dar.

Kneubühler (FDP) begründet den Rückweisungsantrag der FDP: eine in der Volksabstimmung gescheiterte Initiative wäre eine Katastrophe, weil wir dann gleich weit wären wie heute. Die Abstimmung zum Energiegesetz hat gezeigt, dass eine Vorlage nicht überladen werden darf.

BDP: die schnellste Politik ist nicht immer die beste Politik. Es geht darum, eine Verfassungsänderung zu finden, die diesen Namen qualitativ verdient.

Regierungsrätin Egger weist darauf hin, dass die im Rückweisungsantrag von BDP/SVP/EDU aufgeworfenen Fragen der Rechtmässigkeit bereits mehrmals geprüft worden sind. Die Initiative kann bundesrechtskonform umgesetzt werden. Der Regierungsrat unterstützt bekanntlich die Initiative. Der Antrag der FDP für einen Gegenvorschlag ist gut, die Regierung ist bereit, diesen Weg zu gehen. Die Regierung beantragt die Ablehnung des Antrags von BDP, SVP, EVP und den Grünen und Zustimmung zum Antrag der FDP. In der Abstimmung obsiegt der Antrag der FDP gegen den Antrag von BDP/SVP/EDU mit 82:64:2 Stimmen. Die Kommission zieht anschliessend die Kommissions-Motionen zurück.

50 Kreditgeschäft: Kauf von 2 Verwaltungsliegenschaften für die Uni Bern

Es geht um den Kauf von 2 denkmalgeschützten SBB-Bauten im Länggassquartier für die Uni. Der Kaufpreis für beide Liegenschaften beträgt **Fr. 63.5 Mio.** Ein Kaufpreisanteil von **50.8 Mio.** soll über den Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen gedeckt werden. Die künftigen Sanierungskosten schätzt die Regierung zwischen 60 und 90 Mio.

Rückweisungsantrag BDP/SVP: Antrag auf Kauf von nur 1 Liegenschaft. Finanzpolitische Bedenken bestehen wegen kommender sehr hoher Umbaukosten. Man kann nicht dauernd über negative finanzpolitische Aussichten sprechen und nichts dagegen tun. Die FDP lehnt Rückweisung ab, weil ansonsten schwierige Neuverhandlungen gedroht hätten, mit der Gefahr, dass die Wunschliegenschaft dann völlig überteuert hätte gekauft werden müssen. Der Rückweisungsantrag wird mit 88:55:2 abgelehnt.

Antrag der FIKO/Siegenthaler (BDP):

- 1) Der beantragte Kredit für den Kauf der beiden Liegenschaften wird von 63.5 auf 61.2 Mio. gekürzt.
- 2) Die Kosten für die Sanierung der Liegenschaften wird auf 54 Mio. gedeckelt.

Mit dem Kauf können die wachsenden Raumbedürfnisse der Uni bis auf weiteres gedeckt werden. Es ist eine grosse Chance für den Kanton. Es können viele Mietverhältnisse gewandelt werden, 1 Liegenschaft kann verkauft werden. Ein Pokern um nur 1 Liegenschaft ist gefährlich, da die SBB nur im Paket verkaufen will. Die Uni braucht beide Gebäude dringend.

Ergebnis: Der Grosse Rat bewilligt mit 129:5 Stimmen den Kauf, die Regierung muss aber den Kaufpreis auf 61.2 Mio. nachverhandeln. Die Sanierungskosten werden mit 116:16 gedeckelt.

52 Kreditgeschäft Erwerb Liegenschaft am Hagneckkanal

Annahme mit 121:2:4. Der Erwerb der gefährdeten Liegenschaft kommt dem Kanton günstiger zu stehen als eine Sanierung der Uferböschung.

55 Motion Siegenthaler (BDP) Planungsstop Gymnasium Biel

Motion Kronenberger (glp) Gesamtsanierung sistieren

Beide Motionen wollen im Prinzip **die Sanierung stoppen, die Übung abbrechen**.

Das Sanierungsprojekt ist seit Jahren umstritten. Es stellt sich die Frage, ob der eingeschlagene Weg der Richtige ist. Es gibt Widerstände von verschiedenen Seiten.

Unbestritten ist, dass der zweisprachige Gymer nach Biel gehört und dass es kurzfristig wohl keinen anderen verfügbaren Standort gibt. Mittlerweile ist die Baubewilligung erteilt, es gibt aber wieder Einsprachen. Bis begonnen werden kann, kann es noch lange gehen, wenn die Einsprachen bis ans Bundesgericht gehen.

Es gibt sehr viele Sachzwänge. Wenn die Übung abgebrochen wird, muss das Gebäude trotzdem saniert werden und die Kosten für eine neue Schule kommen noch dazu. Eine Umnutzung des Geländes ist kaum denkbar. Die Kosten für Sanierung und Anbau sind sehr hoch, weil der Zustand des Gebäudes sehr schlecht ist. BDP, SVP, GLP, EDU sind für Abbruch der Übung. Die FDP macht bei dieser Haurückübung nicht mit und dringt schliesslich erfolgreich durch. GesamtAbstimmung: Motion Siegenthaler 80:62:3 abgelehnt, Motion Kronenberg 73:68:4

Damit kann saniert werden, so denn die Gerichte in diesem Sinn entscheiden.

66 Kreditgeschäft Öffnung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen

Der Antrag der Fiko, den Fonds mit 61 Mio. aus der Rechnung 2010 zu speisen, wird mit 85:41 angenommen, der Antrag der FDP auf Rückweisung mit: 74:50:2 abgelehnt. Die FDP wehrt sich vergeblich gegen die Kässeli-Politik, die letztlich den Spardruck reduziert und die Schuldenbremse aushebeln hilft. Auch der Antrag der Regierung auf Einlage von 137 Mio. wird mit 85:41 abgelehnt.

73 Motion Müller (FDP) Praxisnahe Handhabung der Videoüberwachung

Der Motionär verlangt, dass das Polizeigesetz in dem Sinne geändert wird, dass die zuständige Behörde für den Video-Einsatz in allen Gemeinden generell die Exekutive ist.

Die Motion, die primär die Stadt Bern im Visier hat, wo der Stadtrat die Kompetenzen an sich gerissen (und damit die Sachfrage politisiert) hat, löst im Rat heftige Diskussionen aus. BZ: „Grosser Rat korrigiert Entscheid des Stadtrats“. Die Motion wird in der Schlussabstimmung dann deutlich angenommen.

87 Motion Müller (FDP) Wirksamere Massnahmen bei nicht kooperierenden Sozialhilfebezügern

Die Motion verlangt finanzielle Kürzungsmöglichkeiten, die über die heute praktizierten 15% hinausgehen. Der Grosse Rat verlangte – gegen den Willen des völlig entnervten Sozialdirektors- mit der Überweisung des Vorstosses als Postulat eine härtere Gangart.

Juli 2011

Verantwortlich für den Bericht
Hans Baumberger (Vizefraktionspräsident)
Adrian Kneubühler (Fraktionspräsident)